

MIGRATIONSPOLITIK GAY-PARADE IN MOSKAU RUSSLAND-EU-GIPFEL IN SOTSCHI

■ ANALYSE	
Immigration und Russlands Migrationspolitik: Streit um die Zukunft. Wladimir Mukomel, Moskau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Migration in Zahlen und Grafiken	6
■ KOMMENTAR	
Anders ist gefährlich. Der Streit um die Moskauer Gay-Parade. Jens Siegert, Moskau	10
■ KOMMENTAR	
Der Russland-EU Gipfel in Sotschi. Sabine Fischer, Berlin	11
■ UMFRAGE	
Russlands Rolle in der Welt von heute	13
■ CHRONIK	
Vom 25. Mai bis zum 1. Juni 2006	15
■ LESEHINWEIS	
New E-Mail Newsletter: Russian Analytical Digest	16

Analyse

Immigration und Russlands Migrationspolitik: Streit um die Zukunft

Von Wladimir Mukomel, Zentrum für ethnopolitische und regionale Studien, Moskau

Zusammenfassung

Während in den 1990er Jahren vor allem Kriegsflüchtlige und Aussiedler nach Russland immigrierten, domieren in den letzten Jahren Arbeitsmigranten, die vom russischen Wirtschaftsaufschwung profitieren wollen. Ihre Arbeitsbedingungen in Russland sind allerdings extrem schlecht und sie werden von der überwiegenden Mehrheit der russischen Bevölkerung sozial ausgegrenzt. Andererseits könnte Migration eine zentrale Antwort auf die demographischen Probleme des Landes, insbesondere den Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung, sein. Die russische Migrationspolitik hat auf dieses Dilemma bisher keine schlüssige Antwort formuliert.

Einleitung

Hinter der Fassade stürmischer politischer Diskussionen über die Perspektiven der Immigration und Migrationspolitik verbirgt sich ein Zusammenprall von verschiedenen Ansichten zur Zukunft Russlands.

Die Befürworter einer Immigration – Vertreter von liberalen Ansichten und Pragmatiker – gehen von den langfristigen wirtschaftlichen, demographischen und politischen Interessen Russlands aus. Ihre Argumentation läuft darauf hinaus, dass Immigration ein sehr wichtiges Element sein kann, um den natürlichen Rückgang der Bevölkerung der Russischen Föderation aufzuhalten. Die russische Bevölkerung verringert sich jährlich um 700.000 Menschen und Immigration kann eine wichtige Rolle spielen, um die Verluste der russischen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter auszugleichen, das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial aufrechtzuerhalten, die Stabilität in einzelnen Regionen zu erhalten und die nationale Sicherheit zu garantieren.

Ihre Gegner, Kommunisten und „Nationalpatrioten“, beziehen sich hingegen auf die sozialen, religiösen und ethnischen Konsequenzen der Immigration. Da sie soziokulturellen Aspekten gegenüber sensibel sind, betonen sie die heutigen Herausforderungen und Bedrohungen und sprechen sich für eine harte Linie in der Migrationspolitik aus, wobei sie im Kontext einer isolationistischen Orientierung hin zu einer russischen bzw. christlich-orthodoxen Leitkultur stehen.

Diskussionen über die Migrationspolitik laufen auf ein Dilemma hinaus: entweder zahlt man für soziale Stabilität in der nächsten Zukunft mit wachsenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen und demographischen Problemen auf lange Sicht, oder man unternimmt den Versuch, für die langfristigen Probleme

Lösungen zu finden, und nimmt dabei wachsende soziale Spannungen in der nahen Zukunft in Kauf.

Die Immigration im postsowjetischen Russland: neue Abstufungen

Im postsowjetischen Russland kann man drei Immigrationswellen unterscheiden. Zuerst, zu Anfang der 1990er Jahre, waren es vor allem Immigranten, die gezwungen waren, aus Kriegs- und Konfliktzonen im postsowjetischen Raum zu fliehen, sowie Heimkehrern, die aus Russland ausgewandert waren und jetzt eilig die ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR verließen. Zu Spitzenzeiten (1992–1995) kamen jährlich ungefähr eine Million Immigranten aus den GUS-Staaten und dem Baltikum nach Russland. Die meisten Immigranten, die nach dem Zerfall der UdSSR nach Russland übersiedelten, kamen in dieser Zeit (siehe Grafiken 1 und 2 auf Seite 7). Ein bedeutender Teil dieser Immigranten erhielten Flüchtlings- oder Aussiedlerstatus (letztere haben die Staatsbürgerschaft der RF).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wird der Strom der Immigranten allmählich geringer (siehe Tabelle 1 auf Seite 6). Die Zahl der Flüchtlinge ging fast auf Null zurück. Unter den Immigranten der zweiten Welle waren mehr und mehr Menschen, die aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nach Russland kamen.

In den 2000er Jahren kam die dritte Migrationswelle, die in zwei nach Umfang, Richtungen und Quote ungleiche Ströme aufgeteilt werden kann: die Immigranten, die nach Russland kommen, um sich niederzulassen, und die Arbeitsmigranten, die nur für eine gewisse Zeit in Russland bleiben wollen.

Der Zustrom der Immigranten pendelte sich auf die relativ niedrige Zahl von 120.000 bis 180.000 Menschen pro Jahr ein. Die Mehrzahl von ihnen sind

bis heute Russen oder so genannte „Russischsprachige“, Angehörige von ethnischen Minderheiten, die es traditionell in Russland gegeben hat, wobei allerdings unter den Immigranten die Zahl derer stetig ansteigt, die zu den indigenen ethnischen Gruppen der GUS-Länder gehören. Die Mehrheit der Immigranten sind Rückkehrer aus Kasachstan (31% aller Immigranten im Jahr 2005) und den übrigen Staaten Zentralasiens (32%).

Die Zahl der Arbeitsmigranten, die sich nur zeitweilig in Russland aufhalten, ist hingegen stark gestiegen: Zurzeit sind auf dem russischen Arbeitsmarkt ständig ca. 3 bis 3,5 Mio. Arbeitsmigranten, deren Anzahl in der saisonbedingt auf bis zu 4,5–5 Mio. anwächst und im Winter auf 2–2,5 Mio. sinkt. In der Mehrheit sind die Arbeitsmigranten Angehörige der ethnischen Gruppen der GUS-Staaten, besonders stark sind in Russland Migranten aus den zentralasiatischen Staaten, Aserbaidschaner und Ukrainer vertreten. Jeder fünfte Arbeitsmigrant kommt aus Staaten Südasiens, aus China oder anderen Staaten des „fernen“ Auslands.

Die Motive der Migranten

Die politischen Faktoren, die die Immigration in den vorherigen Jahrzehnten beeinflusst haben, haben in den 2000er Jahren praktisch ihre Bedeutung verloren. Wirtschaftliche Motive sind endgültig zum dominierenden Faktor geworden. Die dynamische Entwicklung der russischen Wirtschaft macht Russland für viele Menschen aus benachbarten Ländern zu einem attraktiven Arbeits- und Wohnort. Bestimmend für die Motive der Immigranten sind die besseren sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und der höhere Lebensstandard in Russland.

Für Arbeitsmigranten sind dabei die Unterschiede im Arbeitslohn zwischen ihrem Heimatland und Russland von besonderer Bedeutung: So war z.B. das Lohnniveau 2005 in Russland elfmal höher als in Tadschikistan und immer noch fünfmal so hoch wie in Kirgisistan und Usbekistan 5mal geringer. Auch die hohe Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern der GUS spielt eine große Rolle: In Armenien gibt es mehr als hundert Bewerber für eine freie Stelle, in Georgien über 20 in Russland hingegen weniger als drei. (Einen Überblick gibt Grafik 3 auf Seite 7).

Russland, dessen Arbeitslosigkeit strukturell bedingt ist und wo es viele Arbeitsplätze gibt, ist der zentrale Anziehungspunkt für Arbeitsmigranten aus allen GUS-Staaten. Die Attraktivität Russlands ist nicht nur der Tatsache zu verdanken, dass es in Russland Arbeit und Verdienstmöglichkeiten gibt, sondern auch dadurch bedingt, dass die Migranten

die russische Sprache und Realität kennen, ferner gibt es gemeinsame Traditionen und Kulturen, die auch 15 Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR fortwirken, auch gibt es oft verwandtschaftliche Beziehungen und regelmäßige Kommunikation.

Rechtlicher Status

Klar definiert werden soziale und wirtschaftliche Rechte nur für offiziell anerkannte Flüchtlinge (etwa 500 Personen) und Menschen, die einen temporären Status als Flüchtlinge erhalten haben (etwa 1.000 Personen). Ausländer, die eine ständige Aufenthaltsgenehmigung (131.000 Personen) oder eine befristete Aufenthaltsgenehmigung (174.000 Personen) haben, haben im Prinzip ebenfalls weitreichende Rechte einschließlich eines kaum beschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt. Durch Lücken in der russischen Gesetzgebung haben sie allerdings in der Praxis Schwierigkeiten bei einer Reihe von sozialen Rechten.

Die Mehrheit der Migranten hingegen ist in Russland weitgehend rechtlos. Bis zu 90% der Migranten haben aufgrund einer unvollkommenen Gesetzgebung und fehlender eindeutiger Prozeduren für die Anwendung der Gesetze keine befristete Aufenthaltsgenehmigung und/oder keine Arbeitserlaubnis. Alle ausländischen Staatsbürger, die sich befristet in Russland aufhalten, müssen eine Arbeitserlaubnis haben. Eine Aufenthaltsgenehmigung wird aber nur für drei Monate ausgestellt; um sie zu verlängern, muss man aus Russland aus- und wieder einreisen. Die sozialen Rechte dieser illegalen Migranten sind de facto beschränkt auf medizinische Versorgung bei Unfällen und auf den Schulbesuch für ihre Kinder.

Wirtschaftliche Folgen

Russland hat einen starken Bedarf an Arbeitskräften. Die traditionellen Quellen für neue Arbeitskräfte – Frauen und die Landbevölkerung – sind schon vor einigen Jahrzehnten erschöpft worden. Die letzte Ressource, die Jugend, die ins arbeitsfähige Alter eintritt, ist ebenso praktisch erschöpft: ab 2006–2007 wird der natürliche Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung die Anzahl derer, die ins arbeitsfähige Alter eintreten, übertreffen. Bis vor kurzem wuchs die arbeitsfähige Bevölkerung trotz des Bevölkerungsrückganges dank einer günstigen Altersstruktur der Bevölkerung. Zum Jahr 2026 wird der natürliche Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung 17 bis 19 Mio. Menschen erreichen, ungefähr ein Viertel der Anzahl der heute in der Wirtschaft Russlands beschäftigten Menschen.

Schon heute gibt es in Russland Wirtschaftsbereiche, die in großem Maße dank der Arbeitsmigranten funk-

tionieren: Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel, kommunale und persönliche Dienstleistungen, Großküchen und der öffentliche Nahverkehr. Migranten sind für schlechte oder schwere und saisonale Arbeit mit geringem Verdienst gefragt, an der die einheimische Bevölkerung nicht interessiert ist.

Da sie Arbeitsplätze besetzen, die bei der einheimischen Bevölkerung nicht beliebt sind, konkurrieren die Migranten auf dem Arbeitsmarkt mit unqualifizierten Arbeitskräften. Diese Konkurrenz wird dadurch verschärft, dass die Migranten die Preise drücken: Die überwiegende Mehrheit der Migranten sind illegale Einwanderer und lassen sich auf Löhne ein, die für die einheimische Bevölkerung inakzeptabel sind. Dabei haben die Migranten verschiedenen Untersuchungen zufolge eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 bis 65 Stunden.

Der Zustrom von unqualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland – 80% der Migranten üben Tätigkeiten aus, die keine Qualifikation erfordern –, ist für einheimische unqualifizierte Arbeitskräfte nicht von Vorteil, wohl aber für die übrige Bevölkerung Russlands, da er niedrigere Preise für Waren und Dienstleistungen und damit eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit der russischen Wirtschaft fördert.

Im Jahr 2004 betrug der Verdienst der Migranten insgesamt ungefähr 9 Mrd. US-Dollar. Von dieser Summe wurden 3,5–4,0 Mrd. US-Dollar von den Migranten in ihre Heimatländer transferiert, vor allem nach Aserbaidschan und in die Ukraine (siehe Grafik 4 auf Seite 8). In diesem Jahr könnte der Verdienst der Migranten aufgrund der gestiegenen Arbeitskosten und des steigenden Kurses des Rubels gegenüber dem US-Dollar auf 14 Mrd. US-Dollar und die Überweisungen in die Heimatländer auf 6 Mrd. US-Dollar ansteigen.

Die Arbeit der überwiegenden Mehrheit der Migranten gleicht Zwangsarbeit. Eine fehlende Arbeitserlaubnis und/oder Aufenthaltsgenehmigung für Russland macht sie äußerst abhängig vom Arbeitgeber. In Russland sind die Risiken, die illegale Migranten eingehen, wegen der Kollaboration von gewissenlosen Arbeitgebern mit der Polizei und wegen Korruption noch um ein Vielfaches größer. Verspätete oder keine Lohnauszahlung, Geldstrafen, das Zurückhalten von Personalausweisen oder persönlichen Wertgegenständen, die Drohung, die Migranten an die Behörden auszuliefern oder zu deportieren sind alltägliche Praktiken. Bei einer Umfrage gab es unter den befragten Migranten in Moskau und Stawropol nicht einen einzigen (!), der keine Gewalt oder Nötigung erlitten hatte.

Die soziale Ausgrenzung der Migranten: Folgen für die russische Gesellschaft

Das Fehlen eines freien Zugangs zum Arbeitsmarkt, von Arbeitsrechten, von sozialem Schutz und eines sozialen Dialoges sind russische Realität, mit der die Mehrheit der Arbeitsmigranten und ein bedeutender Teil der Immigranten konfrontiert werden.

Der Mangel an würdiger Arbeit und der illegale Charakter der Beschäftigung von Migranten sind wichtige Determinanten ihrer Separation von der aufnehmenden Gesellschaft. Ein weiterer Faktor, der die soziale Ausgrenzung der Migranten fördert, ist die ständig und überall wachsende Fremdenfeindlichkeit, die in allen Schichten der russischen Gesellschaft zu finden ist.

In Russland, wo die bürgerliche Identität durch eine ethnische ersetzt wird, ist letztere heute zum definierenden Marker der Beziehungen „eigene – fremde“ geworden. Die übertriebene Bedeutung der Ethnizität, die dabei ist, alle sozialen Kontakte zu durchdringen, berührt in erster Linie die Migranten: Die Migrantophobie hat einen offensichtlich ethnischen Bezugspunkt.

Einer Umfrage des Lewada-Zentrums zufolge meinten im Juli 2005 nur 10% der Befragten, dass „Russland die Migranten braucht, die hierher kommen, um für immer zu bleiben und die russische Staatsbürgerschaft zu erwerben“, 15% meinten, dass „Russland die Migranten benötigt, die nur hierher kommen, um Geld zu verdienen; nur 8% waren der Meinung, dass „Russland sowohl die einen wie die anderen Migranten braucht“. 57% der Befragten würden ein Aufenthaltsverbot in ihrer Stadt oder ihrem Bezirk für Menschen aus dem Kaukasus (darunter auch für russische Staatsbürger, die im Nordkaukasus leben) positiv aufnehmen, 53% ein ebensolches Verbot für Menschen aus Zentralasien.

Unter der Bevölkerung Russlands herrscht eine harte Haltung gegen eine Integration der Migranten in die Gesellschaft. Russische Bürger wollen mit großer Mehrheit Migranten den Zugang zum Arbeitsmarkt verwehren und den Erwerb von Eigentum in Russland verbieten. Die Mehrheit der Respondenten möchte Migranten auch nicht unter ihren Verwandten oder Nachbarn sehen (siehe Tabellen 2 und 3 sowie Grafik 5 auf Seite 8 und 9).

Die Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung administrative und andere Maßnahmen befürwortet, die eine Integration der Migranten behindert, schafft ein Klima für Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt drückt sich

die Diskriminierung durch einen begrenzten Zugang zu bestimmten Arbeiten und Arbeitsbereichen, in der Bezahlung und in den Arbeitsbedingungen aus. Noch deutlicher ist die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt: Praktisch in allen Regionen sind Zeitungsanzeigen für Mietangebote mit dem Zusatz „Vermietung [nur] an russische Familie“ zu finden (siehe Grafik 6 auf Seite 9).

In der Gesellschaft ist ein Prozess der Stratifikation ethnischer Gruppen und der Etablierung von Hierarchien in Gange, bei dem den Migranten eine klar umrissene soziale Nische zugewiesen wird. Weder die Mehrheit, noch die in Russland traditionell ansässigen Minderheiten, noch die Regierung und die Behörden heißen Versuche, diese Nische zu verlassen, willkommen.

Eine soziale Konvention, die auf einer solchen Stratifikation aufbaut, entspricht nicht den langfristigen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung der russischen Gesellschaft. Da sie gesellschaftliche Kommunikationen und soziale Verbindungen auf eng kanalisiert und soziale Werte verändert, schafft eine solche Konvention erneut eine segmentierte Gesellschaft mit einem entsprechenden Anwachsen sozialen Konfliktpotenzials und untergräbt somit die im Entstehen begriffene Zivilgesellschaft.

Die verbreitete illegale Ausnutzung der Zwangsarbeit von Migranten und ihre Diskriminierung gehen einher mit der Ignorierung von Menschenrechtsverletzungen durch die Gesellschaft und der Erosion von gesellschaftlicher Moral und von gesellschaftlich akzeptierten Werten.

Der Zickzackkurs der Migrationspolitik

In den 1990er Jahren konzentrierte sich die russische Migrationspolitik auf die Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Aussiedler. In dieser Zeit wurden die rechtlichen Grundlagen der Migrationspolitik gelegt, die dann in mittelfristigen föderalen Migrationsprogrammen angewandt wurden, abgesichert durch ihre relativ stabile und transparente Finanzierung.

Zur Jahreswende 2001–2002 wurde die russische Migrationspolitik einer grundlegenden Revision unterworfen: der Kampf gegen die illegale Migration wurde in den Mittelpunkt gerückt, die die Regierung mit Verbrechen und Terrorismus in Verbindung brachte.

Der Föderale Migrationsdienst wurde einer Reorganisation unterzogen, in das Innenministerium überführt und direkt dem Präsidenten unterstellt. Die Regierung richtete ihr Augenmerk auf die Etablierung einer Vertikale, die imstande sein sollte,

die Anweisungen des Präsidenten gebührend zu empfangen, weiterzugeben und auszuführen. Von 2002 an war die Migrationspolitik die Politik des Präsidenten.

Gleichzeitig wurde die Gesetzgebung verschärft, die die Einbürgerung und die rechtliche Lage von Ausländern regelten. Die Abschaffung der föderalen Migrationsprogramme förderte einen Verlust an Transparenz und Berechenbarkeit der Migrationspolitik, und die „Machtvertikale“, die die Regionen ihrer Vollmachten auf diesem Gebiet beraubte, führte zu ihrer Zentralisierung.

Die Ergebnisse der Politik von 2002–2004 sind beklagenswert: Die Immigration ist latent geworden und die Zahl der Migranten mit einem unregelmäßigen rechtlichen Status ist ständig angewachsen. Diese Politik hat nicht nur die in sie gesetzten Erwartungen bei dem Kampf gegen die illegale Migration nicht erfüllt, sie hat auch neue Probleme hervorgebracht, im Zusammenhang mit dem Funktionieren der russischen Wirtschaft.

Nach ihrem offensichtlichen Scheitern wurde diese Politik im März 2005 wiederum einer Revision unterzogen, als im Sicherheitsrat, dessen Vorsitz der Präsident innehat, entschieden wurde, sie zu liberalisieren und umzuorientieren, um Migranten anzuziehen.

Gegenwärtig wird die Konzeption der Migrationspolitik revidiert und es liegt ein Gesetzesentwurf vor, der die Registrierung des befristeten Aufenthalts von Ausländern und den Zugang von Migranten auf den russischen Arbeitsmarkt erleichtert. Es wird ein Programm zur Unterstützung der freiwilligen Übersiedlung von in Russland traditionell vertretenen ethnischen Gruppen entwickelt.

Diese Maßnahmen könnten eigentlich nur begrüßt werden, wenn da nicht ein „aber“ wäre... Erstens wird erklärt, dass prioritär qualifizierte Spezialisten aus dem Ausland angezogen werden sollen – zu einer Zeit, da die russische Wirtschaft einen Bedarf für unqualifizierte Arbeitnehmer und sehr hoch qualifizierte Spezialisten hat. Zweitens sollen Landsleute herangezogen werden, obwohl das Migrationspotential dieser Gruppe begrenzt ist und nicht mehr als 6–7 Mio. Menschen beträgt. Drittens wird angenommen, dass für die Landsleute günstige Bedingungen geschaffen werden: der Umzug wird bezahlt, es werden Arbeitsplätze und Infrastruktur geschaffen, es werden Wohnungen gebaut, usw. Für die Aufnahme und die Eingliederung von 1 Mio. Immigranten müssen ungefähr 170 Mrd. Rubel aufgewendet werden – Mittel, die jährlich für alle nationalen Projekte zusammen budgetiert werden. Viertens wird vorausgesetzt, dass die Landsleute in jene Regionen geschickt werden, die

an Bevölkerung verlieren, in den Fernen Osten und nach Sibirien. Wenn in Betracht gezogen wird, dass die Mehrheit der potenziellen migrationswilligen Landsleute in Zentralasien unter gänzlich anderen klimatischen Bedingungen und in völlig anderer Natur leben, wird die Kurzlebigkeit dieses Vorhabens deutlich.

Eine wichtige Rolle für eine Wende in der Migrationspolitik spielt der Faktor Zeit: Die Parlamentswahlen Ende 2007 und Präsidentenwahlen Anfang 2008 bedeuten, dass der Kurswechsel schnell erfolgen muss. Der nächste Winter ist eine Art von „point of no return“, nach dem es gefährlich wird, am Vorabend der Wahlen noch eine solche Wendung zu vollziehen.

Die Wege des sowjetischen Erbes

Im russischen Diskurs werden die negativen Aspekte der Immigration betont, positive Konsequenzen werden praktisch nicht diskutiert. Viele Nuancen des russischen Diskurses und der Stimmungen innerhalb der Gesellschaft gegenüber den Migranten können ohne ein Verständnis für die Schwäche der Institutionen einer Zivilgesellschaft nicht verstanden werden, auch ist das bürgerliche Selbstbewusstsein unterentwickelt und es gibt in Russland keine Traditionen einer Kontrolle durch den Bürger.

Die Vorstellungen der Regierung und der Bevölkerung hinsichtlich der Migrationsprozesse und ihrer Regulierung fußt in vieler Hinsicht auf

sowjetischer Erfahrung. Heute wirkt es sich auf die Beziehungen zu den Migranten aus, dass die sowjetische Gesellschaft geschlossen war und dass es die letzten 150 Jahre keine verwurzelte Tradition der Immigration nach Russland gegeben hat. In den russischen Diskursen zur Migrationspolitik dominieren heute schwarzseherische Stimmungen.

Auch die Vorstellung von der Wirksamkeit administrativer Maßnahmen (z.B. die *Propiska* [die Anmeldebestätigung für den Wohnort, die aus sowjetischer Zeit stammt]), die zu einer anderen Zeit funktionierten, und das postsowjetische Syndrom, dass politische und administrative Überlegungen Vorrang vor wirtschaftliche Faktoren haben, sind von der Erfahrung der Sowjetzeit beeinflusst.

Die Unterbewertung der sozialen Faktoren einer Entscheidung zur Migration (darunter auch die Einstellungen zu den Migranten in der russischen Gesellschaft), neue Entwicklungen in der russischen Wirtschaft, der ständige Bedarf an Arbeit, die von Migranten geleistet wird, gehen einher mit einer Überbewertung der Möglichkeiten einer Regulierung der Migrantenströme.

Vielleicht das Wichtigste: die Rolle, die eine Integrationspolitik zur Überwindung der negativen Konsequenzen der ethnosozialen Stratifikation und der Ausgrenzung von Migranten spielen könnte, wird offensichtlich unterschätzt.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Heiko Pleines*

Über den Autoren:

Dr. Wladimir Mukomel ist Direktor des Zentrums für ethnopolitische und regionale Studien in Moskau.

Tabellen und Grafiken zum Text

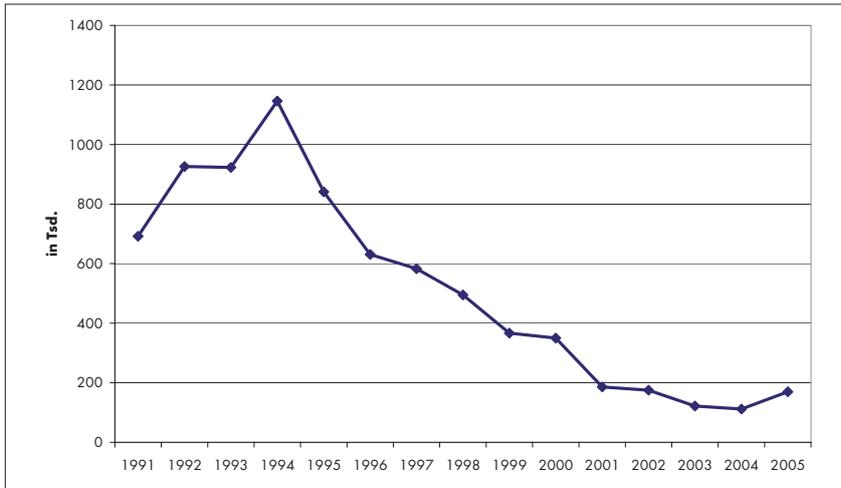
Migration in Zahlen und Grafiken

Tabelle 1: Migrationsbalance Russlands mit der GUS und dem Baltikum 1991–2005 (in Tsd.)

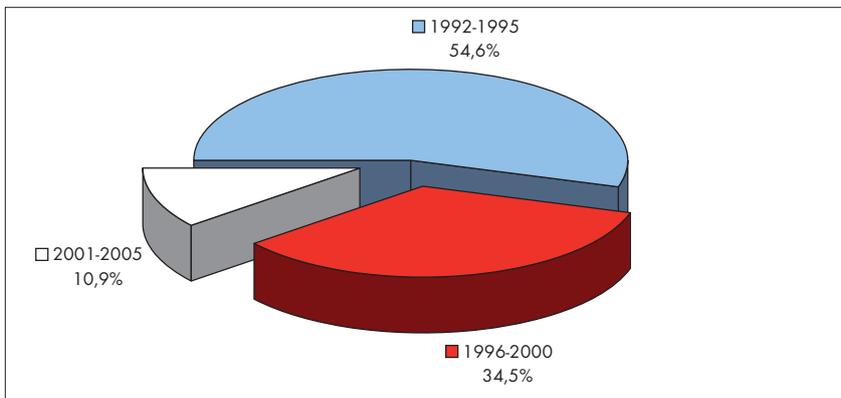
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Immigration	692	926	923	1146	841	631	583	495	367	350	186	175	122	112	170
Emigration	-587	-570	-369	-232	-229	-191	-150	-133	-130	-83	-62	-52	-47	-38	-37
Migrations-saldo	105	356	554	914	612	440	433	362	237	267	124	123	75	73	133

Quelle: Russischer Staatlicher Dienst für Statistik

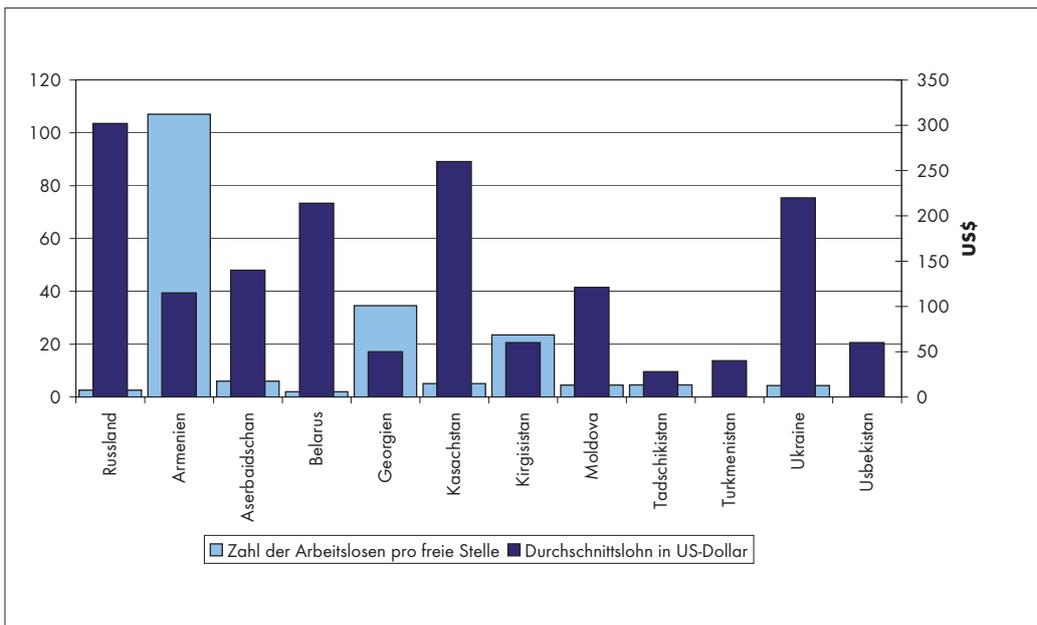
Grafik 1: Immigranten aus GUS/Baltikum 1991 – 2005



Grafik 2: Zeitliche Verteilung der Immigration aus GUS/Baltikum 1992–2005

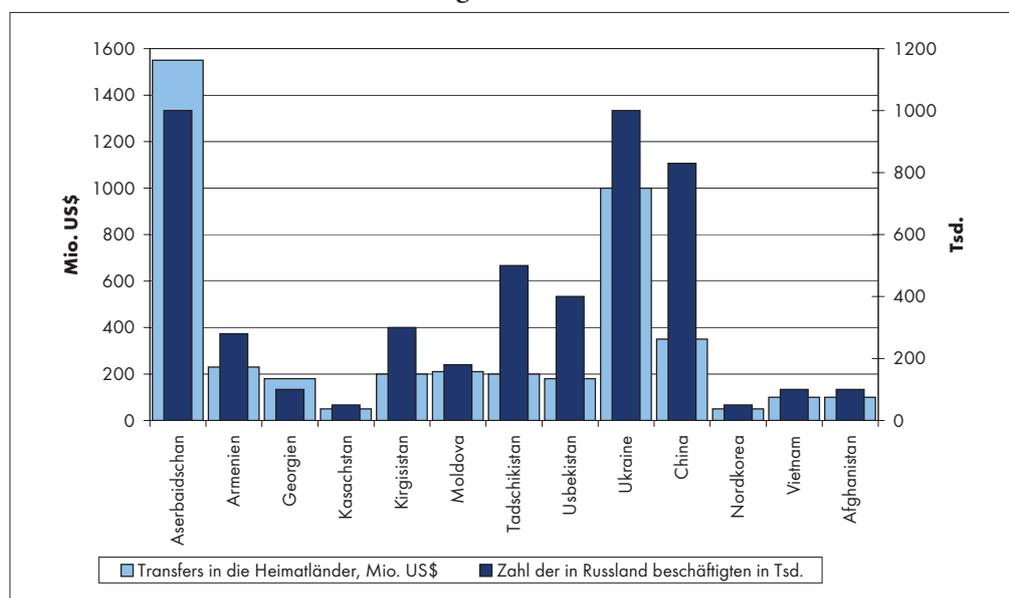


Grafik 3: Lohnniveau und Arbeitslosigkeit in den GUS-Staaten (2005)



Anmerkung: Arbeitslosenzahlen für Georgien von 2003.

Quelle: Russischer Staatlicher Dienst für Statistik

Grafik 4: Geldtransfers von Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer


Quelle: Expertenschätzungen, Zentrum für ethnopolitische und regionale Studien

Tabelle 2: Wie stehen Sie dazu, dass Migranten arbeiten würden bei ...

	positiv	gleichgültig	negativ	Keine Antwort
Der Polizei und anderen Sicherheitskräften	4,0%	12,1%	73,8%	10,1%
In der Staats- und Kommunalverwaltung	4,6%	15,6%	69,2%	10,6%
In staatlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Schulen	7,2%	19,4%	62,3%	11,1%
Im Bereich von Handel und Dienstleistungen	8,9%	26,8%	52,8%	11,1%

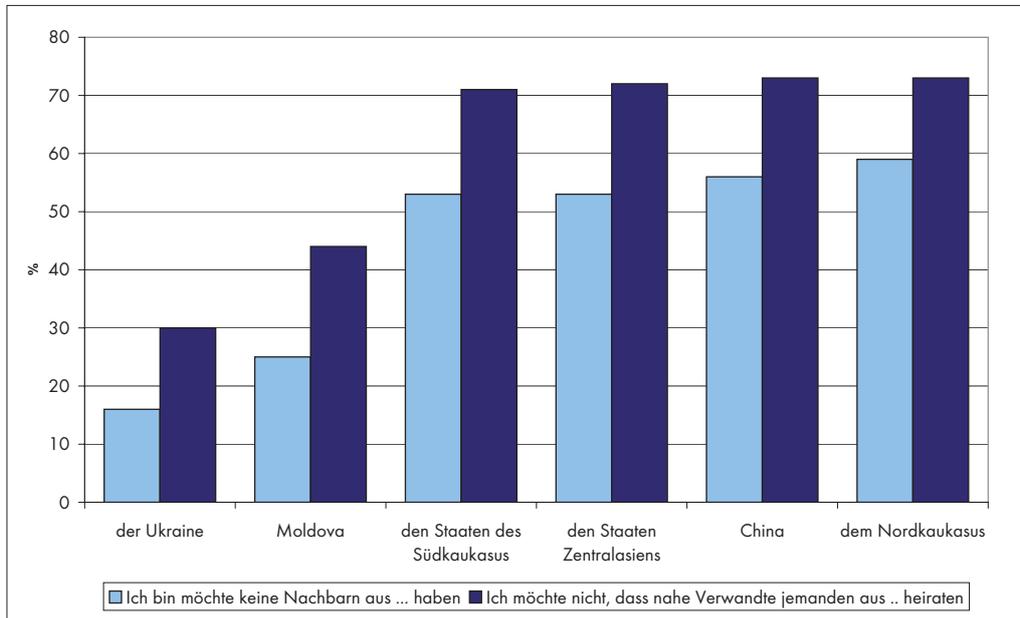
Quelle: Lewada-Zentrum, repräsentative Umfrage vom Juli 2005, www.levada.ru

Tabelle 3: Wie stehen Sie dazu, dass Migranten Eigentum erwerben in Form von ...

	positiv	gleichgültig	negativ	Keine Antwort
Wohnungen, Häusern	5,8%	24,9%	57,8%	11,4%
Grund und Boden	5,0%	18,9%	64,9%	11,2%
Cafes, Geschäfte oder andere Kleinunternehmen	5,1%	18,5%	64,3%	12,1%
Großunternehmen	3,8%	11,7%	73,8%	10,7%

Quelle: Lewada-Zentrum, repräsentative Umfrage vom Juli 2005, www.levada.ru

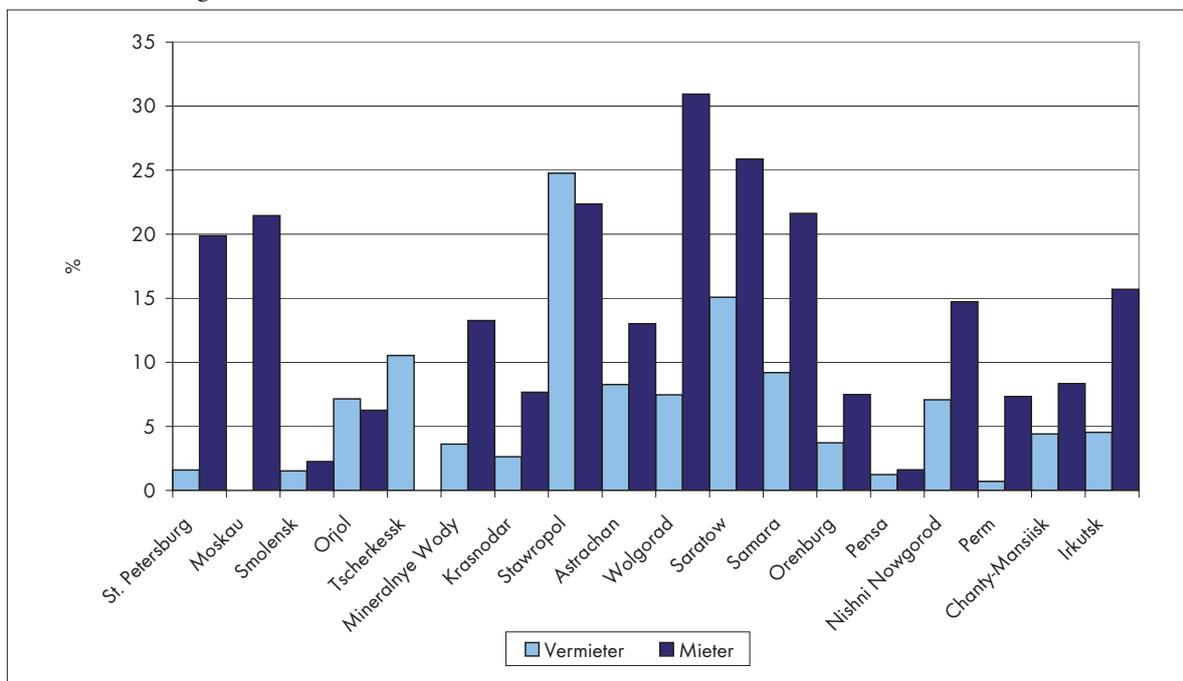
Grafik 5: Ausländer als Nachbarn oder Familienmitglieder



Quelle: Levada-Zentrum, repräsentative Umfrage vom November 2005, www.levada.ru

Grafik 6: Diskriminierung von Ausländern auf dem Wohnungsmarkt

Anteil von Mietangeboten und -gesuchen „Nur für Russen“ in den entsprechenden Rubriken von kostenlosen Werbezeitungen in verschiedenen Städten Russlands



Quelle: Es wurden 11.100 Mietangebote und 9.400 Mietgesuche in kostenlosen Werbezeitungen von 2002–2004 analysiert.

Kommentar

Anders ist gefährlich. Der Streit um die Moskauer Gay-Parade

Von Jens Siegert, Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau

Was den in Moskau demonstrierenden Schwulen- und Lesben-AktivistInnen, darunter der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck, am vergangenen Samstag in Moskau widerfuhr, passierte leider nicht unerwartet. Alle, denen das vermeintliche Anderssein schon von außen anzusehen ist, ob sie nun russische StaatsbürgerInnen sind oder nicht, kommen, wie ausländische Studierende im Januar in Woronesch nach der Ermordung eines peruanischen Kommilitonen, heute nur noch aus purer Not darauf, es könne eine gute Idee sein, in Russland für seine Rechte auf die Straße zu gehen. Anders zu leben, anders zu denken und, noch schlimmer, anders auszusehen, sich anders zu bewegen und zu sprechen ist in Russland wieder gefährlich. Wer zudem noch, wie Schwule und Lesben, mit seinem Sosein tiefsitzende Ängste und Phobien bei „echten Männern“ weckt, ruft besondere Agressivität hervor. Hier ist Russland nicht anders.

allerdings sucht das Land 15 Jahre nach der Zerfall der Sowjetunion – und damit endgültig des russischen Imperiums – nach sich selbst. Es ist eines der wichtigsten Projekte Putins, herauszufinden, „wer wir sind“. Identitätssuchen sind immer prekär, umso mehr, wenn es um kollektive Identitäten geht. Immer mehr Menschen sehen den richtigen Weg zu einer russischen nationalen Identität, darin, alles auszuschließen, was als fremd und anders erfahren wird. Die in jüngster Zeit national und international mit parvenuehaftem Selbstbewusstsein auftretende politische Elite muss sich sehr wohl nach ihrem Anteil daran fragen lassen.

Die Moskauer Stadtverwaltung begründete ihr Verbot der Gay-Parade damit, Leib und Leben der Demonstranten gegen Angriffe ihrer erklärten Gegner nicht schützen zu können. Das ist zwar rechtlich unhaltbar, inhaltlich aber nicht ganz falsch. Seit Wochen riefen radikale orthodoxe Gläubige, Nationalisten und Neonazis auf ihren Websites dazu auf, die Gay-Parade gewaltsam zu verhindern. Aber auch distinguierten Damen und vor allem Herren als dem rasenden Mob der Straße gefällt es nicht, das die „Sodomisten“, wie Schwule in Russland gern abfällig genannt werden, ihren Neigungen nicht still und am besten heimlich und unsichtbar nachgehen.

Dem Moskauer Bürgermeister muss es bei seinen regelmäßigen Treffen mit seinen offen schwulen Berliner und Pariser Kollegen mulmig zumute sein. Er unterstützte das Verbot und nannte eine Gay-Parade in Moskau „bei uns aus ethisch-moralischen Erwägungen unzulässig“ und forderte, Homosexuelle sollten „ihre Abweichung im Gebiet von Lebensorganisation und Sex nicht öffentlich zur Schau stellen.“ Das könnte man, zwar mit Schwierigkeiten, aber doch immerhin noch für einen wenn auch gequälten Versuch von political correctness halten.

Vertreter der wichtigsten russischen Religions-

gemeinschaften äußerten sich unverblümt: Ein Sprecher des Moskauer Patriarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche verglich die Gay-Parade mit einer Demonstration von Drogensüchtigen und Drogendealern. Der Leiter des kirchlichen Außenamtes Metropolit Kyrill entwickelte gleich eine ganz neue Theorie der Menschenrechte, in der Wert und Würde eines Menschen getrennt betrachtet werden. Alle Menschen seien gleichviel wert, so Kyrill, aber Würde hätten einige mehr als andere. Homosexuellen spricht der Metropolit die Würde ab. Einer der wichtigsten russischen Muftis machte es sich einfacher. Er rief alle gläubigen Muslims auf, Schwule, derer sie habhaft würden, gut durchzuprügeln. Der Oberrabbiner bekundete sein „Mitleid“ mit den armen, vom rechten Weg Abgeirrten.

In der russischen Schwulen- und Lesben-Community wurde vor der Demonstration kontrovers diskutiert, ob öffentliche Aktionen angesichts der schnell zunehmenden Intoleranz in der russischen Gesellschaft sinnvoll, ja gar notwendig seien oder ob sie eher schaden und die feindselige Stimmung Schwulen gegenüber verstärken würden. Angriffe aggressiver Gläubiger auf einen Moskauer Schwulenklub Anfang Mai und die Sprengung einer Vorlesung in der staatlichen Allrussischen Bibliothek für Fremdsprachen im Rahmen des Moskauer Gay-Festivals vorige Woche zeigten, wie aktuell und wichtig diese Diskussion ist. Ein Teil der Homosexuellen und ihrer nicht sehr zahlreichen UnterstützerInnen entschied sich für den Gang in die Öffentlichkeit. Bewusst wurde aber keine bunte Gay-Parade nach New Yorker oder Berliner Vorbild mit viel nackter Haut und frivolen Kostümen angemeldet, sondern eine einfache Demonstration „zum Schutz der Rechte von Schwulen und Lesben“.

Dass die Demonstration trotzdem verboten wurde, war vorauszusehen. Das lag nicht allein und wohl

nicht einmal in erster Linie daran, dass dort Schwule und Lesben auf die Straße gehen wollten. Schon seit einigen Jahren wird das Demonstrationsrecht in Russland staatlicherseits systematisch ausgehöhlt. Obwohl es selbst nach dem vor zwei Jahren verschärften neuen Demonstrationsgesetz lediglich notwendig ist, die zuständigen Lokalbehörden über eine geplante Demonstration, eine Kundgebung oder eine Mahnwache fristgerecht zu informieren, werden nicht genehme Aufzüge oft unter meist fadenscheinigen Vorwänden untersagt. Moskau ist dank dieser klar rechtswidrigen Praxis praktisch schon zu einer oppositionsfreien Zone geworden. Das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Gerichten funktioniert einwandfrei.

Ein in seiner Lächerlichkeit schönes Beispiel ist das Verbot einer Kundgebung gegen den Bau der Ölpipeline aus Ostsibirien am Baikalsee entlang an den Pazifischen Ozean, die für Ende April von Ökogruppen im Moskauer Stadtzentrum geplant war. Auf den Hinweis der Ordnungsbehörden, die Kundgebung so nahe am Kreml werde unter keinen Umständen zugelassen, ließen sich die Initiatoren darauf ein, den Demonstrationsort auf die Sperlingsberge zu verlegen. Doch der Ablehnungsbescheid kam auch hier prompt: Der Hügel, auf dem das riesige Stalin-Gebäude der Moskauer Staatsuniversität steht, drohe, so die Begründung der zuständigen Präfektur, aufgrund des langanhaltenden Frühjahrregens unter

dem Gewicht der Demonstranten in die sich darunter Richtung Kreml windende Moskwa zu rutschen. Klagen gegen derartige Verwaltungsentscheidungen werden von den Gerichten eleganterweise meist erst nach dem Demonstrationstermin verhandelt oder, wie bei der Gay-Parade vom vorigem Samstag, vom Gericht abgewiesen.

Der einzige Vorwurf, der den Organisatoren der Demonstration gemacht werden könnte, ist, in einer aufgeheizten Situation die möglichen Folgen nicht ausreichend bedacht zu haben: Die Schläge und Tritte gegen Volker Beck waren vorhersagbar. Auch das oft gar nicht so stille Einverständnis von Polizei und politischer Führung mit den Schlägern ist bekannt. Ob Volker Beck Russland nun so gut kennt, um das vorher gewusst zu haben oder nicht: Seine Anwesenheit auf der Demonstration war mutig. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Russlandbeauftragte der Bundesregierung Andreas Schockenhoff hat Unrecht, wenn er ihm „Profilierung“ und Missachtung der „politischen Ordnung des Gastlands“ unterstellt. Rechtsbrecher am vergangenen Samstag in Moskau waren nicht die Demonstranten, die ihr in der Verfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention verbrieftes Grundrecht wahrnahmen, sondern die Moskauer Stadtverwaltung, die die Demonstration rechtswidrig verbot, die Moskauer Polizei, die die Demonstranten nicht schützten wollte und die politisch Verantwortlichen, die dazu schwiegen.

Kommentar

Der Russland-EU Gipfel in Sotschi

Sabine Fischer, SWP, Berlin

Am 24./25. Mai kamen im südrussischen Sotschi die Spitzen der EU und Russlands zum 17. Russland-EU-Gipfel zusammen. Die Beziehungen zwischen Russland und der EU waren in den vergangenen drei Jahren ernststen Belastungsproben ausgesetzt, deren letzte, die Energiekrise zwischen Russland und der Ukraine und indirekt der EU, europäische und nationalstaatliche Debatten über die Zuverlässigkeit Russlands als Energieversorger ausgelöst und die beiderseitige Skepsis über Basis und Zukunft der Beziehungen verstärkt hatte.

Was wurde erreicht, was nicht?

Der Gipfel hat keine wesentlichen Fortschritte für die Energiebeziehungen gebracht. Dies war jedoch auch nicht zu erwarten, da die anstehenden, sehr komplexen Fragen in den zuständigen Arbeitsgruppen und im Rahmen der WTO-Verhandlungen geklärt werden müssen. In Sotschi bemühten sich die beteiligten Akteure in Anerkennung der beiderseitigen und

mittel- bis langfristig unausweichlichen Abhängigkeit um die Demonstration guten Willens.

Unterzeichnet haben die EU und Russland hingegen ein Abkommen zur Erleichterung der Einreisebestimmungen für bestimmte Berufsgruppen sowie ein Rücknahmeabkommen. Ersteres vergrößert die Reisefreiheit für Geschäftsleute, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, JournalistInnen

u.a. In langwierigen Verhandlungen hatte die EU ein solches Abkommen an die gleichzeitige Unterzeichnung eines Rücknahmeabkommens gekoppelt, um eine unkontrollierte Einreisewelle über und aus Russland zu verhindern. Die russische Seite hatte auf dieses Ansinnen unter anderem deshalb mit Zurückhaltung reagiert, weil Russland mit einer großen Anzahl der betroffenen Drittländer noch keine Rücknahmeabkommen abgeschlossen hat. Die Kompromissformel besteht nun darin, dass die Rücknahmeverpflichtung für eine Übergangszeit von drei Jahren nur für russische Staatsangehörige gilt. Erst danach muss Russland auch die Rückführung von BürgerInnen aus Drittstaaten über sein Territorium akzeptieren. Wladimir Putin hat die Ratifizierung der beiden Abkommen bis Ende dieses Jahres angekündigt. Angesichts der Funktionsweisen des russischen politischen Systems kann, bzw. muss man dieser Prognose Glauben schenken.

Eine weitere auf dem Gipfel erzielte Übereinkunft verdient ebenfalls Aufmerksamkeit: Die EU wird 2006 und 2007 ca. 20 Millionen Euro für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Konsolidierung im Nordkaukasus freistellen. Dieser Schritt ist deshalb von Bedeutung, weil die russische Führung sich seit dem Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges immer sturer gegen Eingriffe von externen Akteuren in die Krisengebiete des Nordkaukasus zur Wehr gesetzt hat. Eine graduelle Öffnung für mehr internationale Kooperation im staatlich und gesellschaftlich zerfallenden Nordkaukasus wäre ein wichtiger Erfolg des Gipfels.

Der Gipfel eröffnete darüber hinaus die offizielle Debatte über die Zukunft des *Partnerschafts- und Kooperationsabkommens* (PKA), das Ende November 2007 ausläuft. Offizielle Mitteilungen nach dem Gipfel lassen darauf schließen, dass man sich (vorerst) auf die Aushandlung eines neuen Rahmenabkommens geeinigt hat, das mit den Wegekarten für die Vier Räume verknüpft werden soll. Dies ist eine von drei möglichen Varianten. Da das Abkommen sich, wenn keine der Vertragsparteien kündigt, automatisch jährlich um Jahresfrist verlängert, hätte man es bis zur Beilegung der wesentlichen Streitpunkte (also vor allem die Energiebeziehungen) weiterlaufen lassen können. Eine zweite Möglichkeit ist die Neuverhandlung, die nun offensichtlich angestrebt wird – mit offenem Ausgang und der Rückfallposition, das bestehende Abkommen in der oben genannten Form zu verlängern, falls eine Einigung bis Ende 2007 nicht gelingt.

Schließlich bestünde die Möglichkeit, auf ein Abkommen von der Art des PKA zu verzichten. In diesem an den Beziehungen zwischen der EU und den

USA orientierten Modell bestünden die Grundlagen der Beziehungen nicht in einem übergreifenden bilateralen Vertrag. Vielmehr würde der Vertrag ersetzt durch ein Netz multilateraler Zusammenschlüsse (UNO, NATO, WTO, ER, OSZE etc.), welches beide Seiten miteinander verknüpfen könnte. Gegen diese Variante spricht, dass Russland nicht so weitgehend in die genannten Organisationen eingebunden ist wie die EU und die USA. Die Verhandlungen mit der WTO sind noch immer nicht abgeschlossen, Russland ist nicht Mitglied der OECD und auch in seinem häufig prekären Verhältnis zur NATO lediglich durch den NATO-Russland-Kooperationsrat angebunden. Gleichzeitig trüge aber ein solches Modell bestimmten Realitäten der Russland-EU-Beziehungen Rechnung.

Die russische Seite hat in den vergangenen Jahren zunehmend die Asymmetrien in ihrem Verhältnis zur EU kritisiert, welche sich herausnehme, die innenpolitischen Entwicklungen in Russland zum Gegenstand politischer Konditionierung zu machen. Gerade in Zeiten wieder erstarkenden russischen Selbstbewusstseins als (Energie)Großmacht auf der internationalen Bühne wird dieser an EU-Werte gebundene Zugang weder in der russischen Führung, noch in der außenpolitischen Elite oder weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert. Vielmehr verweist die russische Seite immer entschlossener darauf, dass für sie wirtschaftliche Konsolidierung und Wachstum Priorität vor den von der EU propagierten Werten haben.

Die EU wiederum führt ihre Werte zwar in außenpolitische Dokumente ein, verfügt aber gerade in den Beziehungen mit Staaten ohne Beitrittsperspektive über sehr wenige und sehr schwache Instrumente zu ihrer Umsetzung. Hinzu kommen EU-interne Konflikte und Blockaden, welche die außenpolitischen Akteurskapazitäten sowohl der Kommission als auch des Rats empfindlich einschränken. Und schließlich werden die supranationalen und multilateralen Elemente der EU-Politik überlagert und transzendiert von einzelstaatlichen Außenpolitiken, die mit einem pragmatischen Zugang um die Wahrung von beispielsweise Energieinteressen bemüht sind und den Wertebezug damit immer wieder konterkarrieren. Unabhängig davon, welche rechtliche Form der Beziehungen zwischen Russland und der EU sich im Laufe der Verhandlungen herauskristallisiert: diese Fragen werden eine bedeutende Rolle spielen. Wie sie die Kommunikation zwischen den Partnern beeinflussen und verändern haben bereits die Wegekarten zu den Vier Gemeinsamen Räumen gezeigt, in denen der Bezug auf eine gemeinsame Wertebasis zwar nicht

verschwunden ist, aber auch nicht mehr die Position einer Präambel einnimmt.

Wie kann es weitergehen?

Möglicherweise wäre es deshalb angebrachter, die Verhandlungen über die Zukunft der rechtlichen Grundlagen der Russland-EU-Beziehungen politisch zu entdramatisieren und davon auszugehen, dass zunehmende wirtschaftliche und gesellschaftliche Interdependenz in einem Land, das nach wie vor tiefgreifenden Wandlungsprozessen ausgesetzt ist, diese Prozesse – wenn auch nur graduell – zu beein-

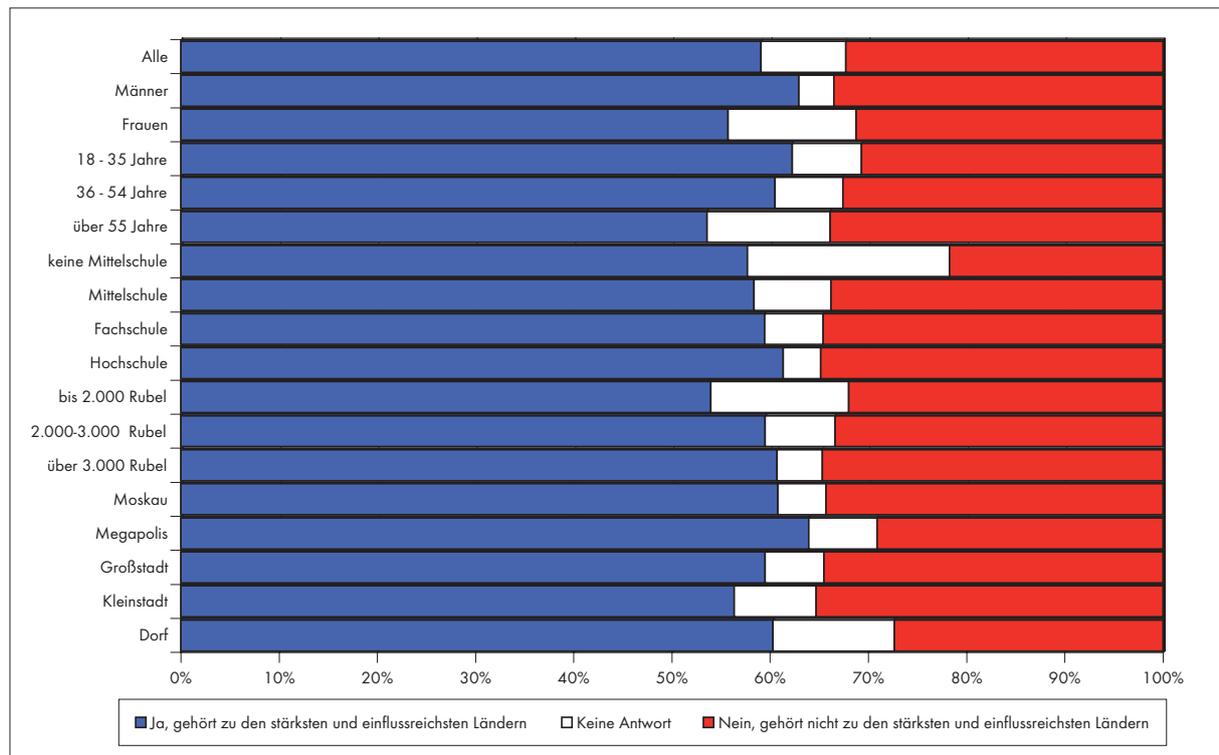
flussen vermag. Erleichterte Reisebestimmungen (in Zukunft möglicherweise Visafreiheit) und auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsolidierung und Befriedung gerichtete EU-Projekte im Nordkaukasus sind dabei (kleine) Schritte in die richtige Richtung. Der EU-Russland-Gipfel war in diesem Sinne weder ein Durchbruch, noch ist er gescheitert. Er ist ein Arbeitsschritt in den Beziehungen zwischen zwei schwierigen, aus unterschiedlichen Gründen in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkten und aufeinander angewiesenen Partnern.

Umfrage

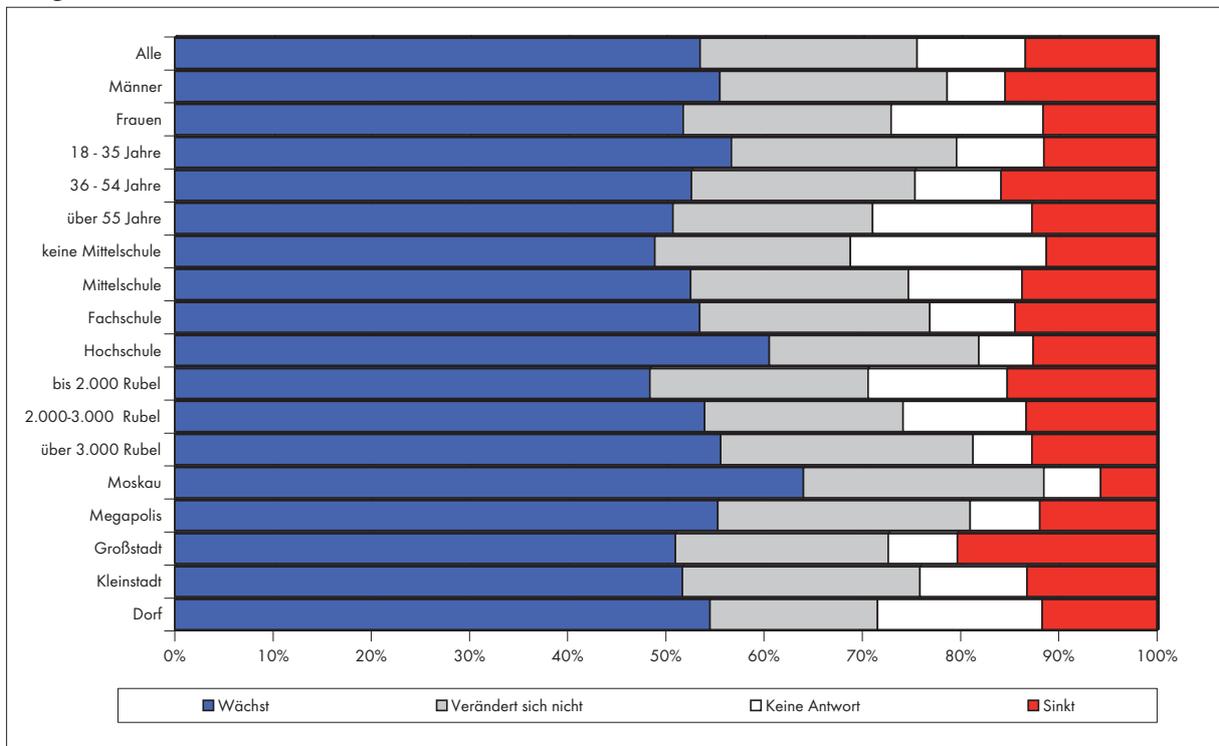
Russlands Rolle in der Welt von heute

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 20.-21. Mai 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0620.zip>, 25. Mai 2006

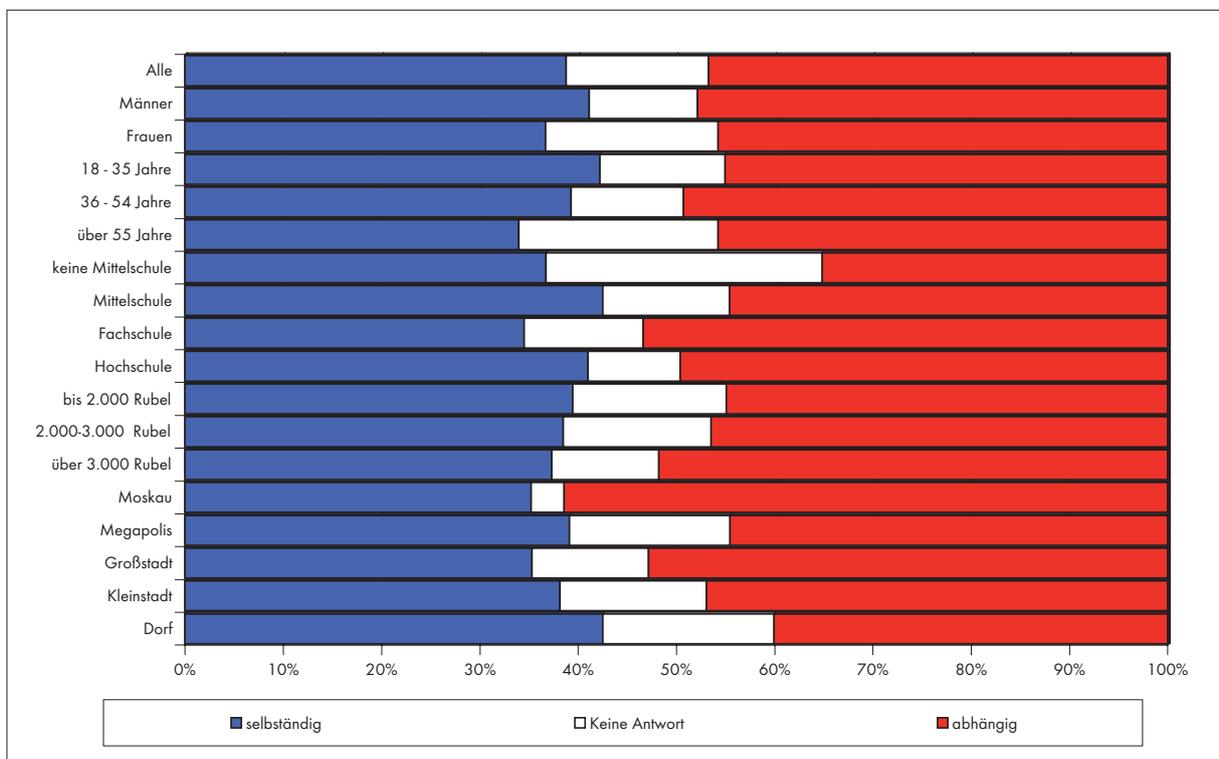
Gehört Russland zu den stärksten und einflussreichsten Ländern der Welt von heute?



Steigt der Einfluss Russlands in der Welt?



Ist Russland in seinen Entscheidungen und Handlungen selbständig oder von den führenden westlichen Staaten abhängig?



Chronik

Vom 25. Mai bis zum 1. Juni 2006

25.5.2006	Finanzminister Alexej Kudrin kündigt an, dass ab 1. Juli 2006 alle Restriktionen für den Kapitalverkehr in Russland aufgehoben werden.
25.5.2006	In einem Moskauer Vorortzug wird ein 19jähriger Armenier von Jugendlichen erstochen. Die Täter stammen vermutlich aus dem rechtsradikalen Milieu.
26.5.2006	Nur-Paschi Kulajew, einer der Geiselnnehmer von Beslan und angeblich der einzige, der überlebt hat, wird vom Obersten Gericht Nordossetiens zu lebenslanger Haft verurteilt.
26.5.2006	Sergej Sobjanin, der Leiter der Präsidentschaftsadministration, wird zum Vorsitzenden des Direktorenrats des Energieunternehmens TWEL ernannt. Das Unternehmen hat in Russland das Monopol auf die Lieferung nuklearer Brennelemente und soll in Perspektive als Basis der geplanten Staatsholding dienen, die die russische Atomindustrie zusammenfassen soll.
26.5.2006	Der Föderationsrat schließt drei Senatoren aus seinen Reihen aus: Alexander Sabadasch, den Vertreter des Autonomen Bezirks der Nenzen, Boris Gutin, der den Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen repräsentiert, und Igor Iwanow, den das Gebiet Primorje entsandt hat.
27.5.2006	Eine kleine Gruppe von Schwulen und Lesben tritt im Stadtzentrum von Moskau gegen das Verbot einer Parade zum internationalen Christopher-Street-Day auf. Es kommt zu Zusammenstößen mit orthodoxen und rechtsradikalen Gegendemonstranten. Die Polizei verhaftet etwa 120 Personen, darunter mehrere Repräsentanten russischer Schwulen- und Lesbenorganisationen. Der deutsche Grünenpolitiker Beck, der an der Demonstration teilnimmt, wird von Skinheads attackiert und von der Polizei festgenommen.
29.5.2006	Vertreter des Volkswagenkonzerns, der russischen Regierung und der Regionalverwaltung von Kaluga unterzeichnen ein Abkommen über den Bau eines Montagewerks im Wert von 400 Mio. Euro im Gebiet Kaluga.
29.5.2006	Putin empfängt eine Delegation des Europarats unter Leitung seines Vorsitzenden René van der Linden.
30.5.2006	Beamte des FSB nehmen Jewgenij Ischtschenko, den Bürgermeister von Wolgograd, fest. Seine Verhaftung steht im Zusammenhang mit Unterschlagungen in den Wolgograder Kommunalbetrieben.
30.5.2006	Putin legt der Öffentlichkeit ein 10-Punkte-Programm für den Haushalt 2007 vor. U.a. will er die Bekämpfung der Inflation verstärken und den Stabilisationsfond in zwei Fonds aufspalten, einen Notfallfond, auf dem im Fall einer verschlechterten Wirtschaftslage zurückgegriffen werden kann, und einen Zukunftsfond.
31.5.2006	Tschetschenische Sicherheitskräfte stellen im Südwesten Tschetscheniens eine Gruppe Untergrundkämpfer und verfolgen sie nach Inguschetien. Bei den Feuergefechten werden drei Untergrundkämpfer und ein Polizist getötet. Darüber hinaus wird eine Reihe von Polizisten verwundet.
1.6.2006	Putin richtet per Erlass 7 Feiertage für Spezialdienste der Streitkräfte und 14 Gedenktage für die Waffengattungen ein. Damit soll das Prestige des Militärs erhöht und die Leistung einzelner Dienste gewürdigt werden.
1.6.2006	In Nasran wird das Fahrzeug des inguschetischen Gesundheitsministers von Unbekannten mit Maschinenwaffen beschossen. Der Minister und sein Fahrer entkommen dem Attentat unverletzt.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

New E-Mail Newsletter: Russian Analytical Digest

With the publication of its first issue on 6 June 2006, the Russian Analytical Digest will deliver regular analyses of key topics in current Russian affairs, featuring Russian and Western authors as well as illustrative data in the form of tables and graphs. The Russian Analytical Digest covers political, economic, and social developments in Russia and its regions and looks at Russia's role in international relations. Topics addressed in the first several issues include: Russia's natural gas monopoly Gazprom, liberal politics, the Russian version of the fight against terrorism, the new NGO law, and relations with Belarus.

The Russian Analytical Digest is a bi-weekly internet publication jointly produced by the Research Centre for East European Studies [Forschungsstelle Osteuropa] at the University of Bremen (www.forschungsstelle-osteuropa.de) and the Center for Security Studies (CSS) at the Swiss Federal Institute of Technology Zurich (ETH Zurich). It is supported by the Otto Wolff Foundation and the German Association for East European Studies (DGO). The Digest draws on contributions to the German-language Russlandanalysen (www.russlandanalysen.de) and the CSS analytical network on Russia and Eurasia (www.res.ethz.ch).

To download the first issue or subscribe to the Russian Analytical Digest, please visit our web page at www.res.ethz.ch/analysis/rad